

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Harald Petzold (Havelland), Sigrid Hupach, Herbert Behrens, Dr. Diether Dehm, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Katrin Werner, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksachen 18/2536, 18/3056, 18/3216 Nr. 3, 18/3595 –**

Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2014 bis 2017

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deutsche Welle (DW) genießt seit Jahren wegen der Vielfalt ihres journalistischen Angebots und der Vielsprachigkeit ihres Programms international einen guten Ruf. Der „Evaluationsbericht 2013 der Deutschen Welle“ hat dies bestätigt: „Die Evaluation der journalistischen Angebote der Deutschen Welle zeigt auf, dass die DW ihre Wirkungsziele sehr gut erreicht. (...) DW-Nutzer wissen mehr über Land, Kultur und Wirtschaft als Nicht-Nutzer der Angebote. Damit einher geht ein differenzierteres und positiveres Bild von Deutschland. Stereotype und Vorurteile sind bei DW-Nutzern viel geringer ausgeprägt, die Haltung Land und Leuten gegenüber ist insgesamt deutlich positiver. Zudem trägt das Deutschkurs-Angebot in hohem Maße zur Förderung der deutschen Sprache bei: Das Angebot weist online sowie über die sozialen Medien weltweit eine große Nutzerschaft auf.“ (BT-Drs. 17/14285. S. 363) Trotz erforderlicher Reformmaßnahmen bestätigt der Bericht, dass die bisherige Ausrichtung der DW die im DW-Gesetz vorgesehenen Aufgaben und Ziele trotz struktureller Unterfinanzierung weitgehend erfüllt.

In § 4 des Gesetzes über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“ (Deutsche-Welle-Gesetz -DWG) vom 1. Januar 1998 ist die Aufgabenstellung des Senders festgeschrieben: „Die Angebote der Deutschen Welle sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. Die Deutsche Welle fördert dabei insbesondere die deutsche Sprache.“

Seit seiner Amtsübernahme forciert der neue Intendant der DW, Peter Limbourg, den Umbau des deutschen Auslandssenders zu einem Nachrichten- und „breaking news“-Sender. Die DW soll innerhalb weniger Jahre hinter dem US-amerikanischen CNN und der britischen BBC, aber vor dem russischen Auslandssender „Russia Today“, dem arabischen Al Jazeera und dem chinesischen Staatssender CCTV auf dem dritten Rang unter den weltweit agierenden Sendern platziert werden. Die beim Sender bereits durchgeführten bzw. eingeleiteten gravierenden Struktur- und Personalveränderungen dienen allein dieser inhaltlichen Neuausrichtung der DW. Der Intendant der DW hat unmissverständlich erklärt, dass es an der Zeit sei, „Putins Propaganda endlich Paroli zu bieten“. Es herrsche global eine „Auseinandersetzung der Werte“, an der sich zu beteiligen, er für eine „nationale Aufgabe“ hält (DIE ZEIT Nr. 40, 25.09.2014). Das ist die Sprache des Kalten Krieges. Diese geplante Neuausrichtung der DW steht im Gegensatz zur Ziel- und Aufgabenstellung gemäß § 4 DWG und weicht die in § 5 DWG festgehaltenen Programmgrundsätze auf. Der Sender soll der globalen Interessenpolitik Deutschlands untergeordnet werden. Dies führt in der Konsequenz dazu, dass journalistische und redaktionelle Unabhängigkeit eingeschränkt werden.

Mit der Konzentration auf die englische Sprache will der Sender in Zukunft vor allem „Meinungsbildner“ und „Entscheidungsträger“, also einflussreiche Multiplikatoren in den jeweiligen Ländern erreichen. Der Deutsche Bundestag lehnt sowohl die geplante Beeinflussung nationaler Eliten als auch die damit verbundene Beschneidung des bisherigen vielsprachigen Angebots der DW ab. Gegen die stärkere Verwendung der englischen Sprache im Programmangebot der DW bestehen hingegen keine Einwände, wenn das Englische nicht zur zweckgerichteten „Leitsprache“ wird und die deutsche Sprache und die sprachliche Vielfalt dabei nicht auf der Strecke bleiben. Denn auch die Verdrängung der deutschen Sprache widerspricht dem DWG. Die deutsche Sprache muss neben Englisch Schwerpunkt bleiben. Deutsche und Deutschsprachige im Ausland müssen auch künftig Zielgruppe für die DW sein.

Es besteht keine Veranlassung für einen solch radikalen Schnitt, wie er vom Intendanten vorgesehen, in den DW-Gremien gebilligt und in der „Aufgabenplanung Deutsche Welle 2014 – 2017“ entwickelt wurde. Um ihrem Programmauftrag gerecht zu werden, muss die DW keineswegs in eine weltweite Konkurrenz um Meinungsführerschaft oder Marktanteile mit CNN, der BBC oder „Russia Today“ treten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich gegenüber der Deutschen Welle dafür einzusetzen,
 - a) dass die DW nicht in einen Nachrichtensender umgewandelt wird und dass sich Intendant und DW-Gremien an Buchstaben und Intention des Deutsche-Welle-Gesetzes halten, journalistische Qualität garantieren und die redaktionelle Unabhängigkeit unangetastet lassen,
 - b) dass die DW auch künftig schwerpunktmäßig in deutscher Sprache sendet,
 - c) dass die DW gemäß der im „Evaluationsbericht 2013 der Deutschen Welle“ vorgeschlagenen Reformmaßnahmen weiterentwickelt und modernisiert wird. Dazu zählen Reformen und Modernisierungsmaßnahmen, die den Sender „auf die Höhe der Zeit“ in Sachen Digitalisierung und Internetzeitalter bringen und dabei der Intention des DWG und des Programmauftrages vollauf entsprechen. Dazu gehören die „crossmediale Vernetzung“, eine stärkere und effektivere Regionalisierung genauso wie die Kooperation mit internationalen Partnern. Die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Senders sind in alle diese Reformmaßnahmen angemessen einzubeziehen;

- d) dass die beim Sender bestehenden prekären Beschäftigungsverhältnisse durch feste bzw. festfreie Arbeitsverträge ersetzt werden,
 - e) dass der Sender sich seiner besonderen Sorgfaltspflicht gegenüber ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach Ende ihrer Beschäftigung in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssten und dort wegen ihrer journalistischen Tätigkeit mit Repressionen zu rechnen hätten, nicht entzieht,
2. das strukturelle Finanzierungsdefizit unter Maßgabe der Umsetzung der Empfehlungen des Evaluationsberichts und des Verzichts auf die Ausrichtung der Deutschen Welle als reinem Nachrichten- und „breaking news“-Sender zu beseitigen.

Berlin, den 16. Dezember 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

